

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1957

Ausgegeben am 19. Feber 1957

14. Stück

- 49.** Verordnung: Durchführung des § 19 Abs. 2 des Versicherungswiederaufbaugesetzes.
50. Kundmachung: Mitgliedsstand der Übereinkommen und Erklärungen der Ersten und Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907.
51. Kundmachung: Ratifikation des „Protokolls, betreffend die Abänderung des in Paris unterzeichneten Abkommens, betreffend die Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen“ durch Luxemburg.
52. Kundmachung: Mitgliedschaft weiterer Staaten zum Protokoll, betreffend die Abänderung des in Genf abgeschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes von unzüchtigen Veröffentlichungen.

49. Verordnung des Bundesministeriums für Finanzen vom 6. Feber 1957 zur Durchführung des § 19 Abs. 2 des Versicherungswiederaufbaugesetzes.

Auf Grund des § 19 Abs. 2 und des § 40 Abs. 2 des Versicherungswiederaufbaugesetzes, BGBl. Nr. 185/1955, wird verordnet:

§ 1. In die Vermögensübersicht gemäß § 19 Abs. 2 des Versicherungswiederaufbaugesetzes sind die Vermögensgegenstände und Schulden mit den Werten einzusetzen, mit denen sie gemäß den §§ 3 bis 8 und 10 des Schillingeröffnungsbilanzengesetzes, BGBl. Nr. 190/1954, höchstens in der Schillingeröffnungsbilanz angesetzt werden können, sofern sich aus den folgenden Bestimmungen nichts anderes ergibt.

§ 2. (1) Unbebaute Grundstücke sind mit dem Verkehrswert anzusetzen.

(2) Bebaute Grundstücke sind mit dem Ertragswert anzusetzen; solche, in denen sich der Sitz der Leitung der Versicherungsunternehmung befindet, und solche, die seit dem 8. Mai 1945 erworben wurden, sind mindestens mit dem Buchwert anzusetzen, der dem Bundesministerium für Finanzen im provisorischen Rechnungsabschluß zum 31. Dezember 1954. zur Kenntnis gebracht worden ist.

(3) Der Ertragswert ist mit dem Zwanzigfachen des am 31. Dezember 1954 geltenden Jahreshaupt- (Grund-) Mietzins zu ermitteln. Vom Jahreshaupt- (Grund-) Mietzins sind für Instandhaltung und Verwaltung 35 v. H. abzusetzen; bei Grundstücken, die vor dem 8. Mai 1945 erworben worden sind und sich in einem außerordentlich schlechten Erhaltungszustand befinden, für dessen Behebung die Mietzinsreserve nicht ausreicht, kann der Abschlag mit 45 v. H. festgestellt werden. Bei Grundstücken (Grundstückteilen), die der Betriebsverwaltung gewidmet sind, ist von dem parifizierten Mietzins auszugehen. Erhöhungen des Hauptmietzinses gemäß § 7 des Mietengesetzes bleiben außer Ansatz, soweit sie nicht

für die Verzinsung und Tilgung einer Hypothek für Reparaturzwecke dienen. Die Mietzinsreserve (§§ 6 und 9 des Mietengesetzes) ist zu passivieren.

(4) Sind Grundstücke nach dem Stichtage der Rekonstruktionsbilanz vor deren Erstellung veräußert worden, so ist der Veräußerungswert anzusetzen.

(5) Für die Bewertung erforderliche Schätzungen kann das Bundesministerium für Finanzen durch von ihm bestellte Schätzmeister veranlassen oder überprüfen lassen.

§ 3. Festverzinsliche Wertpapiere, mit Ausnahme von Wandelschuldverschreibungen, sind höchstens mit dem Nennwert anzusetzen.

§ 4. Beteiligungen an Gesellschaften mit eigener Rechtspersönlichkeit sind mit dem inneren Wert anzusetzen. Dies gilt für Beteiligungen an Aktiengesellschaften nur dann, wenn der Besitz mindestens 25 v. H. des Aktienkapitals beträgt. Sind Beteiligungen nach dem Stichtag der Rekonstruktionsbilanz vor deren Erstellung veräußert worden, so ist der Veräußerungswert anzusetzen.

§ 5. Technische Verbindlichkeiten sind, unter Berücksichtigung der Bestimmungen des Versicherungswiederaufbaugesetzes, nach den unveränderten Rechnungsgrundlagen des aufsichtsbehördlich genehmigten Geschäftsplanes zu ermitteln und anzusetzen.

§ 6. Die Aktiven und Passiven gemäß §§ 10 und 37 Abs. 8 lit. d und e des Schillingeröffnungsbilanzengesetzes sind mit einem Erinnerungswert von je 1 S anzusetzen.

§ 7. Rückstellungen für die Gewinnbeteiligung oder Beitragsrückgewähr zugunsten der Versicherten, die in der Bilanz zu Beginn des Geschäftsjahres 1945 enthalten sind, gelten für die Vermögensübersicht als Bestandteil des Eigenkapitals 1944 gemäß § 19 Abs. 1 des Versicherungswiederaufbaugesetzes.

Kamitz

50. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 29. Jänner 1957 über den Mitgliedsstand der Übereinkommen und Erklärungen der Ersten und Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907 (RGBl. Nr. 173 bis Nr. 188/1913).

Bis zum 1. Juli 1955 haben folgende Staaten die nachstehend angeführten Übereinkommen beziehungsweise Erklärungen der Ersten und Zweiten Haager Friedenskonferenz von 1899 und 1907 ratifiziert beziehungsweise sind ihnen beigetreten.

Übereinkommen vom 29. Juli 1899 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (I. Übereinkommen der I. Haager Friedenskonferenz):

Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, Chile, China, Dänemark, Dominikanische Republik, Ekuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Laos, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Uruguay, Venezuela, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 29. Juli 1899 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (II. Übereinkommen der I. Haager Friedenskonferenz):

Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, Chile, China, Dänemark, Dominikanische Republik, Ekuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Iran, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kolumbien, Kuba, Laos, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Uruguay, Venezuela, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 29. Juli 1899 betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Übereinkommens vom 22. August 1864 auf den Seekrieg (III. Übereinkommen der I. Haager Friedenskonferenz):

Argentinien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutsch-

land, Ceylon, Chile, China, Dänemark, Dominikanische Republik, Ekuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Honduras, Indien, Iran, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Kolumbien, Kuba, Laos, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Paraguay, Peru, Philippinen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Uruguay, Venezuela, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Erklärungen vom 29. Juli 1899

- a) über das Verbot der Verwendung von Geschossen mit erstickenden oder giftigen Gasen und
- b) über das Verbot von Geschossen, die sich leicht im menschlichen Körper ausdehnen oder plattdrücken.

(Erklärungen der I. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Bulgarien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Frankreich, Griechenland, Indien, Iran, Irland, Italien, Japan, Jugoslawien, Kanada, Laos, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Portugal, Rumänien, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Türkei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Für diejenigen Staaten, die sowohl Vertragspartner des I., II. und III. Übereinkommens der I. Haager Friedenskonferenz als auch des I., IV. und X. Übereinkommens der II. Haager Friedenskonferenz sind, treten letztere Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz an Stelle der vorgenannten Übereinkommen der I. Haager Friedenskonferenz.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle (I. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Japan, Kuba, Laos, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Paraguay, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Thailand, Tschechoslowakei, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Beschränkung der Anwendung von Gewalt bei der Eintreibung von Vertragsschulden

(II. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Australien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Laos, Liberia, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Portugal, Salvador, Spanien, Südafrikanische Union, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 über den Beginn der Feindseligkeiten (III. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Gesetze und Gebräuche des Landkrieges (IV. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Kuba, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Rechte und Pflichten der neutralen Mächte und Personen im Falle eines Landkrieges (V. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Japan, Kuba, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 über die Behandlung der feindlichen Handelsschiffe beim Ausbruch der Feindseligkeiten (VI. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, Dänemark, Finnland, Guatemala, Haiti, Japan, Kuba, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 über die Umwandlung von Handelsschiffen in Kriegsschiffe (VII. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 über die Legung von unterseeischen selbsttätigen Kontaktminen (VIII. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Rumänien, Salvador, Schweiz, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Beschießung durch Seestreitkräfte in Kriegszeiten (IX. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Kuba, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Anwendung der Grundsätze des Genfer Übereinkommens auf den Seekrieg (X. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Belgien, Bolivien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Italien, Japan, Kuba, Laos, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend gewisse Beschränkungen in der Ausübung des Beuterechtes im Seekriege (XI. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Australien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, Ceylon, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Indien, Irland, Japan, Kanada, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Neuseeland, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Pakistan, Panama, Philippinen, Polen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Spanien, Südafrikanische Union, Thailand, Ungarn, Vereinigtes Königreich von Großbritannien und Nordirland, Vereinigte Staaten von Amerika.

Übereinkommen vom 18. Oktober 1907 betreffend die Rechte und Pflichten der Neutralen im Falle eines Seekrieges (XIII. Übereinkommen der II. Haager Friedenskonferenz):

Äthiopien, Belgien, Brasilien, Bundesrepublik Deutschland, China, Dänemark, Finnland, Frankreich, Guatemala, Haiti, Japan, Laos, Liberia, Luxemburg, Mexiko, Nicaragua, Niederlande, Norwegen, Österreich, Panama, Philippinen, Portugal, Rumänien, Salvador, Schweden, Schweiz, Thailand, Ungarn, Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, Vereinigte Staaten von Amerika.

Raab

51. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. Feber 1957 über die Ratifikation des „Protokolls vom 4. Mai 1949, betreffend die Abänderung des in Paris am 4. Mai 1910 unterzeichneten Abkommens, betreffend die Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen“ durch Luxemburg.

Nach einer Mitteilung des Generalsekretärs der Vereinten Nationen hat Luxemburg am 14. März 1955 die Ratifikationsurkunde zum Protokoll vom 4. Mai 1949, betreffend die Abänderung des in Paris am 4. Mai 1910 unterzeichneten internationalen Abkommens, betreffend die Bekämpfung der Verbreitung unzüchtiger Veröffentlichungen, BGBl. Nr. 191/1950, gemäß seinem Artikel 4 beim Generalsekretär der Vereinten Nationen hinterlegt.

Raab

52. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 2. Feber 1957 über die Mitgliedschaft weiterer Staaten zum Protokoll vom 12. November 1947, betreffend die Abänderung des in Genf am 12. September 1923 abgeschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes von unzüchtigen Veröffentlichungen.

Nach Mitteilungen des Generalsekretärs der Vereinten Nationen sind bis zum 1. Dezember 1956 folgende weitere Staaten Vertragspartner des Protokolls vom 12. November 1947, betreffend die Abänderung des in Genf am 12. September 1923 abgeschlossenen Übereinkommens zur Bekämpfung der Verbreitung und des Vertriebes von unzüchtigen Veröffentlichungen, BGBl. Nr. 192/1950, geworden:

Rumänien am 2. November 1950,
Polen am 21. Dezember 1950,
Irland am 28. Feber 1952,
Luxemburg am 14. März 1955.

Raab